

# **Straßen- und Wegereinigungssatzung der Gemeinde Karlsburg**

Auf Grundlage des § 2 Abs. 1 und 2 und des § 5 Abs. 1 der Kommunalverfassung Mecklenburg Vorpommern vom 18.02.1994 und des § 50 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Mecklenburg Vorpommern (StrWG MV) vom 13. Januar 1993 wird nach Beschlussfassung durch die Gemeinde Karlsburg vom 29.01.1996 folgende Satzung erlassen:

## **§1**

### **Reinigungspflichtige Straßen**

- 1) Die in geschlossener Ortslage gelegenen öffentlichen Straßen sind zu reinigen. Einzelne außerhalb der geschlossenen Ortslage gelegenen Straßen oder Straßenteile sind in die Reinigungspflicht einzubeziehen, soweit die anliegenden Grundstücke in geschlossener oder offener Bauweise zusammenhängend bebaut sind.
- 2) Reinigungspflichtig ist gemäß § 50 Abs. 4 des Straßen- und Wegereinigungsgesetzes des Landes Mecklenburg Vorpommern (StrWG MV) die Gemeinde. Diese überträgt die Reinigungspflicht nach Maßgabe dieser Satzung.

## **§ 2**

### **Übertragung der Reinigungspflicht und Grundstücksbegriff**

- 1) Die Reinigungspflicht wird für die Straßen nach § 1 für folgende Straßenteile
  1. Gehwege einschließlich der gleichzeitig als Radweg ausgewiesenen Gehwege, der Verbindungs- und Treppenwege.
  2. die begehbaren Seitenstreifen
  3. die Gräben
  4. die Grabenverrohrungen, die dem Grundstücksanschluss dienen
  5. Fahrbahnrippen und Bordsteinkanten in der Frontlänge der anliegenden Grundstücke den Eigentümern dieser Grundstücke auferlegt.
- 2) Anstelle des Eigentümers trifft die Reinigungspflicht:
  - a) den Erbbauberechtigten
  - b) den Nießbraucher, sofern er unmittelbaren Besitz am gesamten Grundstück hat
    - c) den dringlich Wohnberechtigten, sofern ihm das ganze Wohngebäude zur Benutzung überlassen ist.
    - d) den Pächter eines Gartengrundstücks oder einer Garage
- 3) Ist der Reinigungspflichtige nicht in der Lage, seine Pflicht persönlich zu erfüllen, so hat er eine geeignete Person mit der Reinigung zu beauftragen.
- 4) Auf Antrag des Reinigungspflichtigen kann ein Dritter durch schriftliche Erklärung gegenüber der Gemeinde mit deren Zustimmung die Reinigungspflicht an seiner Stelle übernehmen. Die Zustimmung ist jederzeit widerruflich und nur solange wirksam, wie eine ausreichende Haftpflichtversicherung für den Dritten besteht.
- 5) Eine zusätzliche Reinigung durch die Gemeinde befreit die Reinigungspflichtigen nicht von ihren Pflichten.
- 6) Ein Grundstück im Sinne dieser Satzung ist ohne Rücksicht auf die Eigentums-verhältnisse jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine wirtschaftliche Einheit nach dem Bewertungsgesetz bildet.
- 7) Als anliegend im Sinne dieser Satzung gilt auch ein Grundstück, das durch einen Graben, eine Böschung, einen Grünstreifen, eine Mauer oder in ähnlicher Weise vom Gehweg oder von der Fahrbahn getrennt ist, gleich, ob es mit der Vorder- bzw. Hinterfront oder den Seitenfronten an einer Straße ist.

### § 3

#### Art und Umfang der Reinigungspflicht

- 1) Die Reinigungspflicht umfasst die Säuberung der im § 2 genannten Straßenteile einschließlich der Beseitigung von Abfällen, Laub und Hundekot. Wildwachsende Kräuter sind zu entfernen, wenn dadurch die nutzbare Breite von Geh- und Radwegen eingeschränkt oder wenn dadurch die Straßen und Wege geschädigt werden.
- 2) Herbizide oder andere chemische Mittel dürfen bei der Wildkrautbeseitigung in Straßenbereichen nicht eingesetzt werden. Als Straßenbereich gelten alle zwischen dem anliegenden Grundstück und der Fahrbahn gelegenen Flächen.
- 3) Art und Umfang der Reinigung richten sich im übrigen nach dem Grad der Verschmutzung und den Erfordernissen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Kehricht und sonstiger Unrat dürfen nicht auf Straßen- und Straßenteilen abgelagert werden. Autowracks, nicht mehr fahrbereite Krafträder, Mopeds, Fahrräder oder sonstige unbrauchbare Maschinen- und Geräteteile dürfen nicht auf Straßen- und Straßenteilen abgestellt werden.

### § 4

#### Übertragung der Verpflichtung zur Schnee- und Glättebeseitigung

- 1) Die Schnee- und Glättebeseitigung folgender Straßenteile wird auf die Eigentümer der anliegenden Grundstücke übertragen:
  - Gehwege einschließlich der gleichzeitig als Radweg gekennzeichneten Gehwege sowie die Verbindungs- und Treppenwege.Als Gehweg gilt auch ein befestigter Seitenstreifen oder ein für die Bedürfnisse des Fußgängerverkehrs erforderlicher Streifen, wenn auf keiner Straßenseite ein Gehweg besonders abgegrenzt ist.
- 2) Die Schnee- und Glättebeseitigung ist wie folgt durchzuführen:
  1. Gehwege sind in einer für den Fußgängerverkehr erforderlichen Breite von Schnee freizuhalten und bei Glätte mit abstumpfenden Mitteln, jedoch nicht mit Salz, zu streuen.
  2. Im Bereich von Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel ist die Schnee- und Glättebeseitigung bis zur Bordsteinkante vorzunehmen.
  3. Schnee ist in der Zeit von 8.00 bis 20.00 Uhr unverzüglich nach beendetem Schneefall, nach 20.00 Uhr gefallener Schnee bis 8.00 Uhr des folgenden Tages zu entfernen. Auch mit Sand, Kies oder Schlacke befestigten Gehwegen sind die Schneemengen, die den Fußgängerverkehr behindern, unter Schonung der Gehwegfläche zu entfernen.
  4. Glätte ist in der Zeit von 8.00 bis 20.00 Uhr unverzüglich nach ihrem Entstehen, nach 20.00 Uhr entstandene Glätte bis 8.00 Uhr des folgenden Tages zu beseitigen. Es sollen nur abstumpfende Stoffe verwendet werden. Auftauende Mittel dürfen nicht eingesetzt werden.
  5. Schnee und Eis sind auf dem an die Fahrbahn angrenzenden Drittel des Gehweges oder des Seitenstreifens, wo dieses möglich ist, auf dem Fahrbahnrand zu lagern. Auf Gehwegen oder Fahrbahnen kann die Ablagerung auf dem an das Grundstück des Reinigungspflichtigen angrenzenden Teil des Gehweges erfolgen. Der Fahrzeug- und Fußgängerverkehr darf nicht gefährdet werden. Rinnsteine, Einläufe in Entwässerungsanlagen und dem Feuerlöschwesen dienende Wasseranschlüsse sind freizuhalten. Von anliegenden Grundstücken dürfen Schnee und Eis nicht auf die Straße geschafft werden.
  6. Die Bereitstellung von Streugut in geeigneten Behältern obliegt der Gemeinde. Die Behälter sind in ausreichender Anzahl aufzustellen, so dass sie für Jedermann in zumutbarer Entfernung erreichbar sind.
- 3) § 2 Absatz 2 bis 6 gelten für die Schnee- und Glättebeseitigung entsprechend.

## **§ 5 Durchführung der Reinigungspflicht**

Die Reinigung der Straßenteile gemäß § 2 Abs. 1 Ziffer 1 bis 5 ist 14-tägig, bei Verschmutzungen 1x wöchentlich, die Schnee- und Glättebeseitigung ist im Rahmen des § 50 Straßen- und Wegegesetzes Mecklenburg Vorpommern und nach § 4 Abs. 2 Nr. 3 und 4 dieser Satzung durchzuführen.

## **§ 6 Außergewöhnliche Verunreinigung von Straßen**

- 1) Wer eine öffentliche Straße über das übliche Maß hinaus verunreinigt, hat gemäß § 49 des Straßen- und Wegegesetzes Mecklenburg Vorpommern die Verunreinigung ohne Aufforderung und ohne schuldhaftes Verzögern zu beseitigen. Andernfalls kann die Gemeinde die Verunreinigung auf Kosten des Verursachers beseitigen. Unberührt bleibt die Verpflichtung des Reinigungspflichtigen, die Verunreinigung zu beseitigen, soweit ihm dies zumutbar ist.
- 2) Absatz 1 gilt auch für die Verunreinigung durch Hundekot.

## **§ 7 Ordnungswidrigkeiten**

Wer vorsätzlich oder fahrlässig seiner Reinigungspflicht bzw. seiner Pflicht zur Schnee- und Glättebeseitigung nach dieser Satzung nicht nachkommt, insbesondere wer die in den §§ 2 und 4 genannten Straßenflächen nicht im erforderlichen Umfang oder in der erforderlichen Art und Weise oder zur erforderlichen Zeit reinigt, vom Schnee räumt und mit geeigneten abstumpfenden Mitteln streut und wer seine Reinigungspflicht nach § 5 i. V. mit § 50 StrWG MV verletzt, handelt ordnungswidrig. Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 61 Abs. 2 StrWG MV mit einer Geldbuße bis zu 2.500,00 DM geahndet werden.

## **§ 8 Inkrafttreten**

Die Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Karlsburg, den 02.10.2001

Warkus  
Bürgermeister

Verfahrensvermerk:

beschlossen am 26.01.1996

Anzeige beim Landrat des Landkreises Ostvorpommern als untere Rechtsaufsichtsbehörde am 22.08.2001

genehmigt vom Landrat des Landkreises Ostvorpommern als untere Rechtsaufsichtsbehörde am 17.09.2001

ausgefertigt am 02.10.2001

Bekanntmachung am 02.11.2001 im Züssower Amtsblatt Nr.9, Jahrgang 7;

erneute Bekanntmachung am 13.03.2004 im Züssower Amtsblatt Nr.2, Jahrgang 10

Bekanntmachungsvermerk :

Hinweis entspr. § 5 (5) der Kommunalverfassung Mecklenburg - Vorpommern

Ein Verstoß gegen Verfahrens- oder Formvorschriften, die in diesem Gesetz enthalten oder aufgrund dieses Gesetzes erlassen worden sind, kann nach Ablauf eines Jahres seit der öffentlichen Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, wenn bei der Bekanntmachung auf die Regelungen dieses Absatzes hingewiesen worden ist. Diese Folge tritt nicht ein, wenn der Verstoß innerhalb der Jahresfrist schriftlich unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, aus der sich der Verstoß ergibt, gegenüber der Gemeinde geltend gemacht wird. Eine Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- oder Bekanntmachungsvorschriften kann abweichend von Satz 1 stets geltend gemacht werden.

Karlsburg, den 02.10.2001

Warkus (Bürgermeister)